

Kein Mensch ist illegal – Für eine gemeinsame europäische Migrations- und Flüchtlingspolitik

Die SPD Essen fordert den Parteivorstand der SPD sowie die Bundestagsfraktion auf, weiterhin standhaft und aufrecht gegen die Forderungen der Unionsparteien zu kämpfen und für eine gemeinsame europäische Migrations- und Flüchtlingspolitik einzustehen.

Die Unionsparteien und die SPD haben sich im Asylstreit geeinigt:

Nationale Alleingänge werden ausgeschlossen und wir suchen weiterhin nach einer europäischen Lösung. Wir unterstützen Mitgliedstaaten, die es mit besonderen Herausforderungen zu tun haben, wie z.B. Italien, Malta oder Griechenland.

Die Transitzentren wird es nicht geben. Stattdessen sollen Transferzentren eingerichtet werden in Polizeistationen, wo ebenfalls die Betroffenen bis zu 48-Stunden ausharren müssen. Wir haben ein schlimmeres Übel verhindert, darf aber keine langfristige und dauerhafte Lösung sein.

Einseitige Zurückweisungen an der Grenze, wie sie Innenminister Seehofer gefordert hat, wird es nicht geben. Das Recht auf Asyl bleibt unangetastet bestehen und rechtsstaatliche Verfahren sind garantiert. Zudem sollen die Verfahren beschleunigt werden.

Bis Ende des Jahres soll ein Entwurf für ein Einwanderungsgesetz vorgelegt werden. Das ist ein längst überfälliger Schritt.

Wir haben schlimmeres verhindert, das ist gut. Ein Einwanderungsgesetz ist eine Chance. Trotzdem hat sich erneut gezeigt: Mit der CSU ist eine menschwürdige Asylpolitik nicht möglich. In der GroKo wird es immer nur bei schwer zumutbaren Kompromissen bleiben und wir müssen für unsere sozialdemokratischen Vorstellungen hart kämpfen. Zusätzlich erschwert wird diese Position durch das Gebaren einer CSU, die den Rechtspopulismus zum Teil des politischen Programms der Bundesregierung machen will. Dies kann keine Grundlage für eine politische Zusammenarbeit mit der SPD sein und das dürfen wir nicht durchgehen lassen.

Wir haben eine humanitäre Verantwortung und müssen denjenigen Schutz gewähren, die vor politischer oder religiöser Verfolgung oder vor einem Krieg fliehen und ihr Leben in Sicherheit bringen wollen. Wir stehen ein für eine weltoffene und tolerante Gesellschaft. Das Recht auf Asyl ist im Grundgesetz verankert und darf nicht angetastet werden.

Die sozialdemokratische Asylpolitik folgt klaren Vorstellungen, die nicht unterschritten werden dürfen.

Wir stehen für eine gesamteuropäische Lösung, für ein gemeinsames europäisches Asylsystem und eine solidarisch geteilte Verantwortung bei der Aufnahme und Integration von Geflüchteten. Die Dublin-III-Verordnung scheint überkommen zu sein und wir brauchen einen gemeinsamen solidarischen Entwurf aller europäischen Länder – und nicht die Abschottung einzelner Nationalstaaten.

Wir müssen unserer Verantwortung in Europa nachkommen. Wir können und dürfen keine Lager an unseren Grenzen oder Anrainerstaaten einrichten, um Menschen einzusperrern ohne dass ansatzweise geklärt ist, wie es für sie weitergeht. Wir dürfen Menschen nicht im Mittelmeer ertrinken lassen, weil wir unsere europäischen Nachbarn im Stich lassen.